

Die Parteien entdecken die Korporationen

Wie lange noch ...

- regiert in Berlin der Straßennob?!
- wurden politische Meinungen mit Gewalt, Terror und Bedrohungen durchgesetzt?

HAMBURG

Universität im Dilemma der Machtlosigkeit

Polizeiliche Maßnahmen würden die Unruhe um den Fall Wenke nur verstärken

Gegen den Terror von Minderheiten
Staatssekretär sieht Gefahren — Strauß: Atmosphäre verpestet

„Überwachung des SDS durch den Verfassungsschutz rechtmäßig“

Bundesinnenministerium zu Vorfällen in Gießen und Göttingen

Die letzten Wochen

in Westberlin und Westdeutschland

NaZI-Studentenbünde und Korporationen formieren sich — Fast täglich Drohungen Schütz gegen Studenten — 500 Gerichtsverfahren gegen den SDS

Mit Balkenkreuz, SS-Runen und Reichsadler zogen zweithalbtausend Korporationsmitglieder und ihre Anhänger durch Nürnbergs Innenstadt. Nach faschistischem Vorbild führten sie eine am Galgen hängende Puppe mit sich, die den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) symbolisierte. Weder diese Puppe noch revanchistische Parolen oder andere Morddrohungen waren für die bereitstehende Polizei Anlaß zum Eingreifen. Demokratische Nürnberger Studenten hatten schon mehrfach gezeigt, daß sie den Kampf gegen die studentischen Korporationen und gegen die faschistische NP bewußt miteinander verbinden.

Beweise für die Richtigkeit dieser Haltung liefert neben den Nürnberger Nazixzessen auch die Situation in Westberlin. Nachdem sich Ende November an beiden Westberliner Universitäten Studentenorganisationen der Neonazis etabliert hatten, fordern jetzt immer entschiedener auch Korporationen die Zulassung an der Dahlemer „Freien“ Universität. Das Westberliner Verwaltungsgericht verurteilt die Universität zur Zulassung des revanchistischen „Verbands Deutscher Studenten Berlin-Leipzig“ (V), obwohl die Vergangenheit des Vereins genügend Anlaß für ein „gewisses Unbehagen“ bietet, wie das Gericht ausdrücklich einräumt.

Wie wenig zufällig jede derartige Formierung der Reaktion ist, unterstreicht das Monopolblatt „Frankfurter Allgemeine“: „Das Interesse, das die Parteien den Korporationen gegenüber entgegenbringen, ist von anderer Art: Inmitten der Unruhen

in unseren Universitäten suchen sie nach Faktoren, die stabilisierend wirken können, ... hofft man nun, Beistand in den Korporationen zu finden.“ In welcher Richtung zeigt das Nürnberger Beispiel wohl anschaulich genug.

NP und Korporationen können sich dabei in Westberlin und Westdeutschland auf Pogrombetriebe führende Politiker und Springerzeitungen stützen. Auch in den letzten Wochen verlag kaum ein Tag, an dem Bürgermeister Schütz nicht Gewaltmaßnahmen gegen demokratische Studenten androhte.

Westberliner Gerichte haben inzwischen auch Dutzende Verfahren gegen Teilnehmer an Demonstrationen eingeleitet, darunter ein zweites gegen den SDS-Vorsitzenden Westberlin, Rudi Dutschke. In Westdeutschland standen kurz vor Weihnachten etwa 500 Verfahren allein gegen Mitglieder des SDS an. In diese Reihe gehört auch die schon Ende 1966 von Bundesinnenminister Lübke angewiesene Bespitzelung des SDS durch den Verfassungsschutz, die in diesen Tagen bekannt wurde, als Gießener und Göttinger Studenten der Öffentlichkeit von Werbeprospekt der Spitzeorganisation berichtet hatten. Gleichzeitig enthüllten westdeutsche Zeitungen, daß Bonns Geheimdienst auch Gastprofessoren aus sozialistischen Ländern überwachen läßt.

SDS gewann bei FU-Konventswahlen — Anerkennungsparlei wächst — 30 000 Unterschriften gegen Notstand — Marsch auf Bonn geplant

Trotz aller Bemühungen der herrschenden Kreise Bonn und Westberlins ist es nicht gelungen, die de-

mokratischen Bestrebungen an den Hochschulen zu ersticken oder auch nur einzuschränken. Bei den Konventswahlen an der Dahlemer Universität sicherten sich die demokratischen Organisationen mit 40 der 76 Abgeordneten erneut die Mehrheit, der SDS allein gewann 16 Sitze anstelle der bisherigen sieben, 86,7 Prozent aller Studenten beteiligten sich an der Wahl — eine ungewöhnlich hohe Zahl. Bei der gleichzeitig durchgeführten Urabstimmung über die „Kritische Universität“ befürworteten 9357 Studenten das Projekt, 4473 lehnten es ab.

Einen Tag nachdem der Parteivorstand der SED-Westberlin seine Alternative zur Senatspolitik beschloß, in der die Anerkennung der DDR einen zentralen Platz einnimmt, diskutierten Arbeiter und Studenten mit Tausenden Westberlinern auf dem Kurfürstendam, der Tauentzienstraße und der Jochimsdahlstraße über die Anerkennung der DDR.

Der monatlang eingekerkerte Student Teufel mußte vom Gericht gegen den ausdrücklichen Willen des Westberliner Senats freigesprochen werden.

Über 30 000 westdeutsche Professoren und Studenten haben bisher das „Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze“ unterzeichnet. Sie versichern: „Wir werden bei den nächsten Wahlen keinem Abgeordneten unsere Stimme geben, der für diese Verfassungsänderung stimmt.“ Das Manifest fordert „Solidarität mit allen Gegnern der Notstandsverfassung und mit den Gewerkschaften“. Die Studenten der Universität Frankfurt (Main) wollen die Unterschriftenaktion fortsetzen und auch auf Betriebe und Organisationen ausdehnen.

Ebenfalls in Frankfurt beschlossen Studenten einen Marsch auf Bonn, um gegen die große Koalition und ihre Politik zu protestieren. Gewaltige Protestversammlungen und Kundgebungen gegen die Integration der westdeutschen Hochschulen in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem und gegen die Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung fanden neben Westberlin, Nürnberg und Frankfurt auch in Bonn, München, Hamburg, Göttingen und vielen anderen Universitätsstädten statt. rom

Geistige Elite

Die katholische Studentenvereingung Teutonia-Rudolfsburg zu Marburg pflegt u. a. folgenden Gesang: „Seltsame Wahlallergosen, Verächter des Juden- und Zwergengesichts, die mit ihrem kranken Magen nur Cola und Sodawasser vertrugen. Wir aber wollen die Mathematik schwängen, und wie Urnegebrüll soll's zum Himmel dringen, wie Drea- und Bäres gedöhn, daß in den entferntesten Tüben noch die Enkel von den Großvätern sagen: „Herrgott wie süßen die schön.“

Vielleicht fragen sich die Enkel aber auch, was für ein Staat das gewesen ist, in dem sich die „geistige Elite“ besaufen mußte, um ihn gebührend repräsentieren zu können. G. G.

HOCHSCHULEN DDR

Bodenkundliche Gesellschaft der DDR

Am 21. Dezember wurde in Berlin die Bodenkundliche Gesellschaft der DDR gegründet. Sie vereint Wissenschaftler und Praktiker in sechs Fachkommissionen, Bodenphysik, Bodenchemie und Pflanzenernährung; Bodenbiologie; Bodenfruchtbarkeit; Bodengenetik, Klassifizierung und Kartierung; Melioration. Die Bodenkundliche Gesellschaft der DDR wird sich um Mitgliedschaft in der Internationalen Bodenkundlichen Gesellschaft bemühen. Bisher mußte sich eine westdeutsche Gesellschaft an, für die Wissenschaftler der souveränen DDR zu sprechen.

Operationsforschung im postgradualen Studium

Die besten Studenten des postgradualen Studiums „Mathematik in der Ökonomie“ an der Humboldt-Universität Berlin werden ab nächstem Semester in einem Spezialseminar für Operationsforschung unterrichtet. Diese Studenten — Ökonomen, Diplomingenieure und andere leitende Funktionäre — erörtern an speziellen Modellen, zum Beispiel des Transports und der Lagerhaltung, die besten volkswirtschaftlichen Möglichkeiten.

Datenverarbeitung an der TH für Chemie

Seit kurzem besteht für die Studenten der TH Chemie „Carl Schorlemmer“ Leuna-Merseburg die Möglichkeit, umfassende Grundkenntnisse der elektronischen Datenverarbeitung zu erwerben. Entsprechende Vorlesungen halten die Mitarbeiter der Abteilung Grundlagen der Datenverarbeitung, die vor kurzem an der Hochschule gegründet wurde. Künftig ist vorgesehen, neben der Vermittlung von Grundkenntnissen der Datenverarbeitung eine auf andere Fachdisziplinen aufbauende Lehre über komplexe Datenverarbeitungsobjekte für alle Studenten zu gewährleisten.

Kooperationsvereinbarungen, Großinstitute, Sektionen

Sieben Forschungsinstitute, die in unserer Republik auf dem Gebiet der Ernährung und der Obst- und Gemüseverarbeitung arbeiten, schlossen am Mittwoch in Magdeburg eine Kooperationsvereinbarung über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ab. Durch die gemeinschaftliche Nutzung des wissenschaftlichen Potentials wird es möglich, einen wissenschaftlichen Vortau auf dem Gebiet der Obst- und Gemüseverarbeitung zu erreichen.

Die Institute für Ökonomie, Organisation und Planung des Bergbaus für Hüttenwesen und für Planung und Leitung der

geologischen Erkundung der Bergakademie Freiberg werden sich zu einem Großinstitut für sozialistische Betriebswirtschaft zusammenschließen.

An der TH „Otto von Guericke“ in Magdeburg wurde eine Sektion Technologie der metallverarbeitenden Industrie gebildet. Die neue Sektion umfasst vier Institute der Technischen Hochschule, die jetzt in Gemeinschaftsarbeit die Ausbildung von Technologen komplex betreiben werden.

Jeder vierte Besucher aus der Sowjetunion

Spezialisten aus 22 Ländern der Welt besuchten 1967 das Zentralinstitut für Schweißtechnik der DDR in Halle, um an den internationalen Tagungen des Instituts teilzunehmen oder Verhandlungen über den Kauf von Lizenzen zu führen. Jeder Vierte der etwa 350 Auslandsbesucher kam aus der Sowjetunion. Neben Gästen aus anderen sozialistischen Staaten wollten auch Schweißfachleute aus England und Frankreich, aus Schweden, Japan und Kanada im Institut. Viele Betriebe des Auslands nutzten die Ausbildungsmöglichkeiten des ZIS und delegierten Mitarbeiter zu Lehrgängen nach Halle.

JUGEND IM LANDE DER PYRAMIDEN

FDJ-Delegation besuchte die VAR

Im November unterzeichneten Dr. Günther Jahn, Erster Sekretär des Zentralrats der FDJ, und Ahmed Kamel, Erster Sekretär der Sozialistischen Jugendorganisation der VAR (SYO), in der DDR eine Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit beider Verbände. Die Jugend beider Länder pflegt seit Jahren gute Beziehungen. Die FDJ war eine der wenigen ausländischen Jugendorganisationen, die zum Gründungkongress der SYO am 21. Juli 1966 eingeladen war. Unmittelbar vor dem Besuch Ahmed Kamels in der DDR reichte eine Delegation des Zentralrats der FDJ unter der Leitung des Sekretärs Frank Bohow in der VAR. Reinhard Kretschmer berichtet für die Leiter der „Universitätszeitung“ vom Kampf der ägyptischen Jugend:

Wir wollten die Sozialistische Jugendorganisation, die vor über einem Jahr gegründet wurde, näher kennenlernen und die Freundschaftsbünde zwischen ihr und der FDJ weiter festigen. Die FDJ hat bereits seit Jahren gute freundschaftliche Kontakte zur Jugend der VAR. Auf dem Gründungskongress der SYO zählte die Organisation wenige Tausend Mitglieder. Heute vereint sie bereits eine vier Millionen Jugendliche verschiedener sozialer Schichten auf der Grundlage gemeinsamer politischer Ziele. Allein an diesem Zahlenvergleich konnten wir feststellen, wie die SYO innerhalb eines Jahres gewachsen ist. Davon konnten wir uns besonders an Assuan-Staudamm, in der Düngemittelfabrik Kima und im Bauwollkombinat in Alexandria, aber auch an anderen Orten überzeugen.

Die junge Generation der VAR macht 45 Prozent der Bevölkerung aus, sie stellt eine nicht zu unterschätzende Kraft auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg des Nillandes dar. Die Jugend der Betreibungsprovinz berichtete z. B. mit großem Stolz, wie sie der Wüste Feddan um Feddan Land abringen.

In Ismailia konnten wir erfahren, wie besonders junge Leute bei der Evaluierung der Bevölkerung, vor allem der Frauen und Kinder, helfen, um sie vor den ständigen israelischen Provokationen in Sicherheit zu bringen. Allorts spürten wir die Opferbereitschaft und den festen Willen der Jugend der VAR, die Folgen der imperialistischen israelischen Aggression zu überwinden.

In Alexandria erließen wir interessante Einzelheiten über die Arbeit der SYO. Der 1. Sekretär des Gouvernements Alexandria der SYO, Ahmed Omar, informierte uns darüber, daß der Bezirksorganisation 13 563 Mitglieder angehören, davon 11 779 Jungen, die insgesamt in 340 Grundorganisationen erfaßt sind. Nahezu die Hälfte der Mitglieder arbeiten in der Produktion, die anderen 30 Prozent sind Mitarbeiter von öffentlichen Einrichtungen, Studenten und Oberschüler. Unzufrieden ist die Leistung der Organisation damit, daß noch zu wenig Grundorganisationen auf dem Lande bestehen. Hier sollen in Zukunft größere Anstrengungen unternommen werden.

Die Ziele der SYO, die im Statut festgelegt sind, bestehen in der Mobilisierung der gesamten Jugend für ihre aktive Teilnahme am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, der Verteidigung der Revolution und ihrer Errungenschaften, der Einbeziehung der Jugend in die Verwirklichung der Produktionspläne; die SYO will die schöpferischen Kräfte, Talente und Fähigkeiten der Jugend fördern und Reserve und Reservoir der Partei sein.

Voller Stolz berichteten uns die Freunde von Alexandria über ihre Arbeit auf ökonomischem Gebiet. Durch erhöhte Produktionsleistungen, freiwillige Arbeitsdienste, Anpflanzung von Bäumen und vieles andere sparen sie Geld und Werte ein.

Mehr und mehr gewinnt die Entwicklung der politischen Bildungsarbeit sowie die Schulungen der Funktionäre der Organisation in einer zentralen Kadernschule und drei Provinzschulen an Bedeutung. Die politische Schulung der Mitglieder soll sich vor allem durch wöchentliche Diskussionen in den Grundorganisationen, die in der Regel 5 bis 30 Mitglieder umfassen, vollziehen. Die Grundlage dafür bilden monatliche Veröffentlichungen der zentralen Leitungen zu aktuellen politischen Problemen, die Charta der VAR sowie eine bereits vom ZK der SYO herausgegebene Wochenzeitschrift „Die arabische Jugend“. Neben den bereits genannten Aufgaben beschäftigt sich die SYO mit der vorläufigen Ausbildung, dem Aufbau einer Pionierorganisation, der Entwicklung der kulturellen und sportlichen Arbeit sowie der Entwicklung der internationalen Tätigkeit.



Kiesinger: Einschränken, ausrichten!

Bundeskanzler Kiesinger in einer Fernsehdebatte mit Journalisten: „Ich will nicht den Zensor, den Schulmeister spielen, ich würde eins sagen, ich möchte, daß unser Volk noch stärker als bisher seinen Blick auf die Zukunft richtet und bereit ist, um dieser Zukunft willen auch gewisse Einschränkungen auf sich zu nehmen, eine Einschränkung des Lebenskomforts hinzunehmen. Nehmen wir das große Thema der Erziehung und Bildungsreform! Ich weiß, daß manche meinen, der Bundeskanzler sollte darüber nicht so viel reden, aber es ist eines der wichtigsten Themen, politische Themen, die wir haben. (Zwischenruf: Die Mobilisierung der Bildungsressourcen!) Ja, nicht wahr, da gibt es viele Schlagworte, in Wahrheit geht es einfach darum, daß wir ein Bildungssystem entwickeln, das zweckgerichtet ist.“

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM: Günter Lippold (verantwortlicher Redakteur), Rolf Möbus, Günter Vogel, Renate Drechsel (Redakteur), Prof. Dr. jur. habil. Richard Häfner, Dr. phil. Hans-Dietrich Bläser, Gerhard Mathow, Karin Porschke, Dr. phil. pol. Karl-Helmuth Böhr, Dr. phil. Wolfgang Weber, Günter-Klaus Gatter der FDJ-Redaktion.

FDJ-Redaktion: Günter Rohde, Christa Witasek, Ulrike Bürger, Barbara Gutsch, Elise Rahst, Gernot Knoblich, Hans Schreiber, Klaus Tempel.
Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 63 des Rates der Bezirke Leipzig. — Erscheint wöchentlich. — Anschrift der Redaktion: 70 Leipzig, PSP 88, Ritzstraße 34, Fernruf 593, Sekretariat Apparat 394. Bankkonto: 82 88 bei der Stadtsparkasse Leipzig. — Druck: LVE-Druckerei „Hermann Düncker“ D 18 335, 70 Leipzig, Postamtsweg 18.